



DER MAGISTRAT DER STADT SELIGENSTADT

Seligenstadt, den 2. November 2020

Antrag des Magistrats Drucksachen Nr. 16-365/I/1527 16-21

| Gremium | Sitzungsdatum | TOP | Beschluss |
|-----------------------------|---------------|-----|-----------|
| Magistrat | 02.11.2020 | | |
| Stadtverordnetenversammlung | 02.11.2020 | | |

**Betreff: Arbeitsmarktzulage für Beschäftigte der Stadt Seligenstadt in der
Entgeltgruppe S 8a TVöD - II
- Antrag des Magistrats vom 02.11.2020 -
Drucks. 16-365/I/1527 16-21**

Der Stadtverordnetenversammlung wird nachstehende Beschlussfassung vorgeschlagen:

1.
Der Beschluss des Magistrats vom 05.10.2020 zu TOP 5 „Arbeitsmarktzulage für Beschäftigte der Entgeltgruppe S 8a TVöD in der Stadt Seligenstadt“ -Drucksache 1486/16-2021- wird aufgehoben und durch nachfolgenden Beschluss zu 2. bis 4. ersetzt.

2.
Die Stadt Seligenstadt zahlt allen Beschäftigten, die nach der Anlage Entgeltordnung Teil B XXIV. (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst) zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst im Bereich der kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-VKA) nach Entgeltgruppe S 8a eingruppiert sind, eine übertarifliche Arbeitsmarktzulage gemäß dem Präsidiumsbeschluss des kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) vom 30.06.2020.

Die Zulage wird unter folgenden Rahmenbedingungen gewährt:

Die Zulage wird rückwirkend ab 01.07.2020 gewährt.

Die Zulage berechnet sich wie folgt:

Die Höhe der Zulage ergibt sich aus der Differenz des stufengleichen Tabellenentgelts zwischen der Entgeltgruppe S 8a TVöD und der Entgeltgruppe S 8b TVöD. Maßgeblich ist die Entgelttabelle gemäß Anlage C zum TVöD-VKA in der seit 01.03.2020 geltenden Fassung (siehe beigegefügte Anlage). Für Beschäftigte, die sich in der Stufe 6 als individuelle Endstufe befinden, ermittelt sich die Höhe der Zulage aus der Differenz zwischen der Entgeltgruppe S 8a/Stufe 6 TVöD und der Entgeltgruppe S 8b/Stufe 6 TVöD.

Grundlage ist die individuelle Stufenzuordnung der Beschäftigten der Entgeltgruppe S 8a TVöD am Stichtag 01.07.2020.

Für nach dem 01.07.2020 neu eingestellte Beschäftigte gilt die Stufenzuordnung am Tag der Einstellung als Berechnungsgrundlage.

Stufensteigerungen während der Zeit der Gewährung der Zulage wirken sich nicht auf die Höhe der Zulage aus. Diese bleibt auf dem Stand zum Stichtag 01.07.2020 (bzw. bei nach dem 01.07.2020 neu eingestellten Beschäftigten zum Stand am Tag der Einstellung) festgeschrieben.

Die Zulage berechnet sich ratierlich zur jeweiligen arbeitsvertraglich vereinbarten individuellen wöchentlichen Arbeitszeit im jeweiligen Zahlmonat.

Die Gewährung der Zulage ist nicht als tarifliche Höhergruppierung anzusehen und hat keinen Einfluss auf im Einzelfall ggfs. bestehende Strukturausgleiche, Besitzstände oder Garantiebeiträge.

Die Zulage wird zunächst befristet gewährt bis zum 30.06.2021. Sollte es -wie nach dem aktuellen Stand der Tarifeinigung vom 25.10.2020 zu erwarten- ab dem 01.04.2021 zu einer tariflichen Entgeltsteigerung kommen- ist für die Berechnung der Differenz des Tabellenentgelts zwischen der Entgeltgruppe S 8a und S 8b TVöD ab diesem Zeitpunkt die dann geltende Entgelttabelle gemäß Anlage C zum TVöD-VKA maßgeblich.

Für die derzeit bereits laufenden Altersteilzeitfälle (drei Beschäftigte im Blockmodell) und künftige Altersteilzeitfälle wird die Zulage -unter Anwendung TVFlexAZ- ebenfalls gewährt.

3.

Der Magistrat wird beauftragt, mit den kirchlichen und den freien Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen, mit denen die Stadt Seligenstadt Betriebsverträge abgeschlossen hat, in Verhandlungen darüber zu treten, dass diese für ihre in den Einrichtungen Beschäftigten ein der städtischen Regelung gemäß Nr. 1 vergleichbares vergütungsmäßiges Anreizmodell schaffen, welches von der Stadt entsprechend (mit-) finanziert wird.

4.

Die Beschlussfassung des Magistrats zu Nr. 2 erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Personalrates, der Frauenbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung.

Begründung:

Die Personalgewinnung im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes gestaltet sich bereits seit mehreren Jahren äußerst schwierig, da die Anzahl der zu betreuenden Kinder ständig steigt, aber gleichzeitig nicht ausreichend neu ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher auf den Arbeitsmarkt kommen. Gerade die Großstädte im Rhein-Main-Gebiet, wie Offenbach und Frankfurt, sind daher schon länger dazu übergegangen, ihre Erzieherinnen und Erzieher statt nach der tariflich vorgesehenen Entgeltgruppe S 8a TVöD nach der Entgeltgruppe S 8b TVöD zu vergüten. Mittlerweile zahlen fast alle Kommunen des Kreises Offenbach diese Vergütung bzw. die Differenz als Zulage, so seit 01.07.2020 nun auch die Nachbarstadt Rodgau und seit 01.09.2020 die Stadt Hanau.

Für die Stadt Seligenstadt sowie die privaten und konfessionellen Träger der Kindertagesstätten in Seligenstadt verschlechtert dies nochmals die Chancen, dringend benötigtes Personal zu gewinnen bzw. erfahrenes und qualifiziertes Personal zu halten. Die Bewerbungsverfahren und die damit verbunden zahlreichen Gespräche mit Bewerberinnen und Bewerbern haben gezeigt, dass die Frage der Vergütung mittlerweile erheblich an Bedeutung gewonnen hat und zunehmend hinter andere Arbeitsbedingungen (z.B. die überzeugende Qualität der pädagogischen Konzepte, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle etc.) zurücktritt.

Es gibt in Seligenstadt bei einigen Trägern mehrere freie Stellen, die aktuell nicht besetzt werden können. Auch in den städtischen Einrichtungen wird die Anzahl der sich auf unsere Stellenausschreibungsverfahren meldenden qualifizierten Fachkräfte aus dem Erziehungsbereich immer geringer, und gleichzeitig ist die Qualifikation der Bewerber/innen in zunehmendem Maße nicht genügend, so dass es immer schwerer wird, freie Stellen zu besetzen.

Um wieder eine Konkurrenzfähigkeit der Kindertageseinrichtungen in Seligenstadt gegenüber den benachbarten Kommunen herzustellen und die bereits in Seligenstädter Einrichtungen beschäftigten Fachkräfte zu halten, ist es dringend erforderlich, den Beschäftigten auch hier eine bessere als die tariflich nach Entgeltgruppe S 8a TVöD eigentlich vorgesehene Vergütung zu bieten.

Auch der KAV hat diese Problematik mittlerweile erkannt. Das Präsidium des KAV Hessen hat die von ihm bereits vor einigen Jahren beschlossene Arbeitsmarktzulage verlängert und in den Anwendungsmöglichkeiten erweitert (zuletzt in seiner Sitzung am 30.06.2020). Nach dem Beschluss des Präsidiums (vgl. Rundschreiben KAV Nr. 53/2020 vom 03.07.2020) kann *„soweit es zur Deckung des Personalbedarfs oder zur Bindung von qualifizierten Fachkräften im Einzelfall erforderlich ist, Beschäftigten nach freiem Ermessen zusätzlich zu dem ihnen zustehenden Entgelt eine widerrufliche Zulage in Höhe von bis zu 20 % der Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe gezahlt werden,- die Zulage kann auch für Gruppen von Beschäftigten gewährt werden, sofern es sich um vom Konkurrenzdruck wegen starker Nachfrage und fehlendem Arbeitskräfteangebot auf dem Arbeitsmarkt betroffene Beschäftigtengruppen oder um ein gegenüber dem privaten lokalen Arbeitsmarkt erheblich nachteiliges Entgeltniveau handelt, -die Zulage kann befristet werden. Die Inanspruchnahme der Zulage ist im jeweiligen Einzelfall unter Angabe der Gründe für die Gewährung an den Kommunalen Arbeitgeberverband Hessen e.V. zu melden.* Für den vorliegenden Fall sind die Anwendungsvoraussetzungen der Arbeitsmarktzulage gegeben.

Wie oben bereits dargelegt (deutlicher Rückgang bei den Bewerbungen, einige Kündigungen durch die Beschäftigten, notwendig gewordene Probezeitkündigungen wegen fachlicher Nichteignung von Neueingestellten) ist hier die Voraussetzung der Arbeitsmarktzulage gegeben, dass sie zur Deckung des Personalbedarfs oder zur Bindung von qualifizierten Fachkräften erforderlich ist.

Auch die Voraussetzungen für die Zulagenhöhe sind hier unproblematisch eingehalten:

Die Zulage ist möglich bis maximal 20 % der Stufe 2 der Entgeltgruppe S 8a TVöD.

Das Tabellenentgelt für eine Vollzeitstelle nach Entgeltgruppe S 8a Stufe 2 TVöD beträgt zum ausgewählten Stichtag 31.08.2020 derzeit 3.036,91 Euro pro Monat. Die Zulage für eine/einen Vollzeitbeschäftigten könnte somit maximal 607,38 Euro/Brutto pro Monat betragen.

Wenn man als Zulage die individuelle Differenz zwischen den Tabellenentgelten der Entgeltgruppe S 8a TVöD und der Entgeltgruppe S 8b TVöD gewährt, wird dieser Höchstwert von 607,38 Euro in keiner der individuell möglichen Fallgestaltungen erreicht:

| mtl. Vollzeit- Tabellenentgelt ohne Zulage (S 8a TVöD) | mtl. Vollzeit-Tabellenentgelt mit Zulage (S 8b TVöD) | Differenz (= Zulagenbetrag) |
|---|---|------------------------------------|
| Stufe 1: 2.829,77 € | Stufe 1: 2.892,66 € | 62,89 € |
| Stufe 2: 3.036,91 € | Stufe 2: 3.104,40 | 67,49 € |
| Stufe 3: 3.250,62 € | Stufe 3: 3.351,85 | 101,23 € |
| Stufe 4: 3.453,09 € | Stufe 4: 3.711,78 € | 258,69 € |
| Stufe 5: 3.649,92 € | Stufe 5: 4.049,22 € | 399,30 € |
| Stufe 6: 3.855,19 € | Stufe 6: 4.307,92 € | 452,73 € |

Bei Teilzeitbeschäftigten sind die Beträge anteilig gemäß der wöchentlichen Arbeitszeit herunterzurechnen.

Mit der Gewährung der Arbeitsmarktzulage für die Beschäftigten der Entgeltgruppe S 8a TVöD in Höhe der Differenz zur Entgeltgruppe S 8b TVöD sollen die Beschäftigten der Entgeltgruppe S 8a TVöD auf mit den Vorgaben des Arbeitgeberverbandes vereinbar Basis vergütungsmäßig auf das Niveau der Entgeltgruppe S 8b TVöD angehoben werden, damit die finanzielle Situation nicht mehr als ausschlaggebender Negativaspekt beim Werben um den Verbleib der vorhanden Fachkräfte und beim Gewinnen neuer qualifizierter Beschäftigter zum Tragen kommt.

Da sich die Tarifvertragsparteien in den gerade laufenden Tarifvertragsverhandlungen zwar grundsätzlich bereits geeinigt haben, aber die Erklärungsfrist für beide Seiten noch bis 26.11.2020 läuft, liegt ein rechtsverbindlicher Tarifvertrag bislang noch nicht vor.

Nach der Einigung der Verhandlungsführungen am 25.10.2020 ist nach derzeitigem Kenntnisstand davon auszugehen, dass es keine Änderung der Eingruppierungsstruktur geben wird, sondern es sowohl in der Entgeltgruppe S 8a als auch in der Entgeltgruppe S 8b TVöD lediglich lineare Erhöhungen des Tabellenentgelts geben wird. Die vorliegende Zulagengewährung soll daher zunächst befristet bis 30.06.2021 erfolgen, um der endgültigen tariflichen Regelung nicht vorzugreifen.

In der Zwischenzeit kann dann -wenn das rechtsgültige Tarifergebnis vorliegt- mit einer neuerlichen Vorlage darüber entschieden werden, ob und wie die Vergütung der Erzieherinnen und Erzieher bei der Stadt Seligenstadt zukünftig erfolgen soll (z.B. Verlängerung der Zulage oder übertarifliche Höhergruppierung nach S 8b TVöD).

Für die Zulagengewährung für die städtischen Beschäftigten der Entgeltgruppe S 8a TVöD (vier Einrichtungen mit aktuell derzeit 39 betroffenen Beschäftigten) werden finanzielle Mittel in Höhe von ca. 10.000 € pro Monat benötigt. Für den Zeitraum 01.07.2020-31.12.2020 wären dies somit ca. 60.000 €. Dieser Betrag ist durch entsprechende Wenigerausgaben im Querschnittsbudget 1 gedeckt bzw. wird durch entsprechende Budgetübertragung aus dem Produkt 36500 sichergestellt. Für das Haushaltsjahr 2021 wurde bei den Mittelanmeldungen für den Haushalt bei den Personalkosten der bislang nach Entgeltgruppe S 8a TVöD vergüteten Beschäftigten eine Vergütung nach Entgeltgruppe S 8b TVöD angenommen und die Kostensteigerung von ca. 120.000,00 € für das ganze Jahr im Querschnittsbudget 1 einkalkuliert.

Sollten die kirchlichen und freien Träger -gemäß Punkt 2 des Antrags- für ihre Beschäftigten ein vergleichbares Anreizsystem einführen- wird dieses voraussichtlich vollständig im Rahmen der Bezuschussung von der Stadt Seligenstadt zu finanzieren sein, so dass sich der finanzielle Bedarf wie folgt gestalten würde:

Für die Einrichtungen in kirchlicher und freier Trägerschaft ist nach erster Schätzung von einer Steigerung der städtischen Betriebskostenzuschüsse für das Jahr 2020 in Höhe von voraussichtlich ca. 28.000 € pro Monat auszugehen. Für den Zeitraum 01.07.2020-31.12.2020 wären dies somit ca. 168.000,00 €. Dieser Betrag ist durch entsprechende Wenigerausgaben im Jahr 2020 im Produkt 36500 Kindertagesstätten/Schulbetreuungen auf dem Konto 71280000 „Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche“ gedeckt. Die Minderausgaben sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass aufgrund des Personalmangels in einigen Einrichtungen vorgesehen Stellen nicht besetzt werden konnten.

Für das Haushaltsjahr 2021 wurde bei den Mittelanmeldungen im Produkt 365.00 Kindertagesstätten/Schulbetreuungen auf dem Konto 71280000 „Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche“ ein zusätzlicher Zuschussbedarf in Höhe von 168.000 € für das erste Halbjahr 2021 sowie 210.000,00 € für das zweite Halbjahr eingeplant. Der höhere Ansatz im zweiten Halbjahr 2021 basiert auf der Annahme, dass bis dahin eine Vollbelegung mit entsprechender Personalbesetzung der neuen Plätze erfolgen kann.

Wenn die Zulage tatsächlich gewährt wird, ist dem KAV entsprechende Mitteilung unter Angabe der Gründe zu machen.

Dem Personalrat steht hier ein Mitbestimmungsrecht nach § 74 Abs. 1 Nr. 13 HPVG unter dem Gesichtspunkt der betrieblichen Lohngestaltung zu, da der Arbeitgeber hier über den konkreten Einzelfall hinaus die Arbeitsmarktzulage für eine ganze Beschäftigungsgruppe (alle Beschäftigte nach Entgeltgruppe S 8a TVöD) einem Entlohnungsgrundsatz im Sinne eines generalisierenden Systems einräumt.